

Martina Fischer

Friedens- und Versöhnungsprozesse im westlichen Balkan –

Von den Schwierigkeiten des Umgangs mit gewaltsamer Vergangenheit

Berghof Working Papers

www.berghof-center.org

1

Berghof Working Papers

In dieser Reihe werden Veröffentlichungen unserer Mitarbeiter/-innen auf der Homepage des Berghof Forschungszentrums zugänglich gemacht, die bereits andernorts veröffentlicht worden sind. Dieser Text beruht auf einem Vortrag im Rahmen des Kolloquiums „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ des Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrums für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF) an der Universität Hamburg am 24. Januar 2008. Wir danken dem ZNF für die freundliche Genehmigung dieser Online-Version.

Die Autorin

Dr. Martina Fischer ist Stellvertretende Leiterin und Senior Researcher, promovierte am Fachbereich politische Wissenschaften der FU Berlin. Sie hat langjährige Erfahrung in Forschung und Lehre und beschäftigt sich insbesondere mit Friedensförderung in der Balkanregion. Sie ist Mitherausgeberin des *Berghof Handbook for Conflict Transformation*, engagiert sich in der Politikberatung und in friedenspolitischen und akademischen Netzwerken. Sie ist stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF).

No. 4

Friedens- und Versöhnungsprozesse im westlichen Balkan – Von den Schwierigkeiten des Umgangs mit gewaltsamer Vergangenheit

Dr. Martina Fischer

Einleitung

Das Haager Tribunal: Verfolgung und Dokumentation von Kriegsverbrechen

Die Rolle der politischen Mandats- und Entscheidungsträger

Zivilgesellschaftliche Initiativen für Faktenerhebung, Heilung, Dialog und Versöhnung

Aktuelle Herausforderungen:

Versöhnung als Langzeitprozess und integrierte Ansätze der Friedensförderung

1. Einleitung

2

Vor mehr als 15 Jahren brach der Staat Jugoslawien auseinander. Ein Kreislauf von organisierter Gewalt, Krieg und Vertreibung – aufgeheizt durch ethnopolitische Propaganda von Machthabern und Medien aller beteiligten Seiten – erschütterte den westlichen Balkan. Dabei waren die unterschiedlichen Regionen des ehemaligen Jugoslawien verschieden stark von Gewalterfahrungen betroffen. Bosnien-Herzegowina war Anfang der neunziger Jahre einem unvorstellbar grausamen Krieg ausgesetzt. Im Kosovo häuften sich Menschenrechtsverletzungen und ethnopolitische Auseinandersetzungen über Jahre hin, bis sie in einen Krieg und eine – ebenfalls gewaltsame – NATO-Intervention mündeten. In anderen Ländern (z.B. in Kroatien) gab es Kriegshandlungen von kürzerer Dauer, mancherorts konnten sie auch in den Anfängen gestoppt werden (wie z.B. in Mazedonien). Internationale Friedensmissionen haben dazu beigetragen, dass es in der Region bislang nicht zu weiteren Kriegen kam. Aber von stabilen Friedensordnungen kann im westlichen Balkan insgesamt noch immer keine Rede sein. Die Gesellschaften in der gesamten Region leiden weiterhin stark an den Nachwirkungen der jeweiligen Kriege und Menschenrechtsverletzungen.

In der Literatur, die sich mit Friedensförderung und Konflikttransformation beschäftigt, wird nachdrücklich auf die Notwendigkeit der Versöhnung („reconciliation“) von kriegszerstörten Gesellschaften hingewiesen. Versöhnung wird in der Regel verstanden als Prozess und Ergebnis, als Heilung von erlittenen Verletzungen, Verlusten oder Demütigungen auf der individuellen, interpersonellen oder gesellschaftlichen Ebene (Aussöhnung zwischen ehemals verfeindeten Gruppen oder Bevölkerungen unterschiedlicher politischer Einheiten).

Versöhnung wird als Voraussetzung für dauerhaften Frieden und für die Vorbeugung des Ausbruchs weiterer Gewalthandlungen erachtet, insbesondere dann, wenn es sich um Gesellschaften handelt, die von ethnopolitischen Gewaltkonflikten geprägt sind, und in denen die Kontrahenten oft in Nachbarschaft auf engstem Raum zusammenleben und von daher die Zukunft gemeinsam gestalten müssen. Die Situation wird oft dadurch verkompliziert, dass in derartigen Konflikten und Bürgerkriegen Menschen oft gleichermaßen Gewalt erlitten wie auch selbst ausgeübt, verantwortet oder unterstützt haben – viele sind also gleichermaßen Opfer und Täter. Es wird angenommen, dass Mechanismen für einen konstruktiven Umgang mit gewaltsamer Vergangenheit erforderlich sind, um einen Rückfall in gewaltsame Konfrontationen zu verhindern. Das Spektrum reicht von der Dokumentation, Offenlegung und Strafverfolgung von Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen, über Kompensationen für vergangenes Unrecht, die öffentliche Auseinandersetzung mit individueller und politischer Verantwortung und Anerkennung von Leid, bis hin zu Maßnahmen, welche die Heilung, Verständigung, Vertrauensbildung sowie den Wiederaufbau von Beziehungen und Gemeinwesen begünstigen (Bloomfield 2006). Versöhnung wird meist benutzt als Dachbegriff für einen übergreifenden Prozess, der die Suche nach *Wahrheit* (Fakten und Identifizierung von Tätern und Opfern), *Gerechtigkeit*, *Heilung* und *Vergebung* beinhaltet. Es gibt jedoch keinen Konsens über die Fragen

- ob Versöhnungsprozesse primär “top-down”, also auf der übergeordneten politischen Ebene angestoßen und gestaltet werden müssen oder ob sie von der (zivil-)gesellschaftlichen Ebene her („bottom-up“) erfolgen sollen;
- welche Bedeutung Gerechtigkeit zukommt, welche Art von Gerechtigkeit gemeint ist (Ahndung von Verbrechen, Bestrafung der Täter, materielle Kompensationen und Möglichkeiten des Ausgleichs) und was „Wahrheit“ in diesem Kontext bedeutet;
- wie juristische und sonstige Mechanismen für Gerechtigkeit und Wahrheit, Maßnahmen für Heilung, Vertrauensbildung und Beziehungsaufbau miteinander zu verknüpfen sind und unter welchen Bedingungen sie zur Friedensförderung und Konflikttransformation beitragen können.

Obgleich der Begriff in aller Munde ist, stehen *theoretische Konzeptualisierungen* bislang noch auf einigermaßen schwachen Füßen. Von manchen Autoren wird auf die christliche Konnotation hingewiesen und die Verwendung eines religiösen oder weltanschaulichen Konzeptes kritisiert. Die Übertragung auf Konfliktregionen, in denen sich politische, religiöse und kulturelle Gegensätze vermischen, wird als besonders problematisch erachtet. Deshalb wird zum Teil gerade von Praktikern auch der Begriff der Ko-Existenz bevorzugt.¹ Allerdings hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt, dass Friedensaktivisten im ehemaligen Jugoslawien z.B. durchaus mit dem Begriff der Versöhnung als politische Zielsetzung arbeiten. Sie stellen allerdings meist nicht primär das Konzept der „Vergebung“ sondern vielmehr die „individuelle Verantwortung“ für Krieg, Gewalt und begangenes Unrecht in den Mittelpunkt ihres Interesses.

Zudem besteht weiterhin ein *Mangel an empirisch gesichertem Wissen* darüber, welche Mechanismen und Ansätze Versöhnungsprozesse fördern, bzw. unter welchen Bedingungen und zu welchen Zeitpunkten die einen oder anderen Ansätze zielführend und erfolgversprechend sind. Die einzige gesicherte Erkenntnis, über die wir verfügen, ist, dass Ansätze, die in einem Land stabilisierend und integrierend gewirkt haben, nicht unbedingt auch in einem anderen Kontext erfolgversprechend sein müssen. Man kann Versöhnungskonzepte nicht einfach als

¹ Vgl. Afzali und Colleton 2003, Chigas und Ganson 2003 und diverse Beiträge in Chayes und Minow (Hg.) 2003.

Rezept weiterreichen und von einer Nachkriegsregion auf eine andere übertragen.

Internationale Organisationen und Geldgeber, die sich im Wiederaufbau und in friedensfördernden Maßnahmen in Nachkriegsregionen engagieren, haben das Thema „Versöhnung“ in den vergangenen Jahren verstärkt auf die Agenda gesetzt. Einer internationalen Studie (vgl. Smith 2004) zufolge hat sich „Versöhnung“ zu einer der vier wichtigsten Kategorien von Initiativen auf der Förderliste internationaler Geber entwickelt. Versöhnungsprojekte folgen demzufolge in der Rangfolge gleich hinter politischer Entwicklung (Demokratisierung), wirtschaftlicher Unterstützung und Schaffung von Sicherheit. Auch das Internationale Kriegsverbrechertribunal in Den Haag ist mit dem erklärten Anspruch angetreten, einen Beitrag zur Versöhnung zu leisten. Auch zwischen internationalen Geldgebern, politischen Entscheidungsträgern und Friedensaktivisten besteht jedoch kein Konsens darüber, was der Begriff der „Versöhnung“ genau beschreibt.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

- 1) Welchen Beitrag zur Aussöhnung kann Strafjustiz wirklich leisten? Was ist darüber hinaus für eine Transformation kriegszerstörter Gesellschaften erforderlich?
- 2) Welche Initiativen zur Versöhnung und einem konstruktiven Umgang mit Vergangenheit werden von zivilgesellschaftlichen Organisationen unternommen? Welchen Zusammenhang sehen sie zwischen dem Anspruch an Versöhnung, Wahrheit und Gerechtigkeit?
- 3) Was ist von den politischen Mandats- und Entscheidungsträgern zu erwarten?
- 4) Was können externe Akteure zur Unterstützung von Versöhnungsprozessen in kriegszerstörten Gesellschaften leisten?

Dieser Beitrag widmet sich nicht den theoretischen Debatten und Begriffsklärungen. Dazu gibt es umfangreiche wissenschaftliche und graue Literatur, die auch die Probleme, Defizite und Dilemmata bei der Definition des Begriffs „Versöhnung“, bzw. auch seines englischen Pendantes „reconciliation“ reflektiert.² Im folgenden sollen die genannten Fragen anhand von praktischen Ansätzen der Friedens-, Menschenrechts- und Vergangenheitsarbeit in Bosnien, Kroatien und Serbien beleuchtet werden.

2. Das Haager Tribunal:

Verfolgung und Dokumentation von Kriegsverbrechen

Der *Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (International Criminal Tribunal for Former Yugoslavia, ICTY)*, ist 1993 in Folge der UN-Resolutionen 808 und 827 in Den Haag eingerichtet worden. Das Haager Tribunal wurde geschaffen, noch während der Krieg in Bosnien wütete. Die in Bosnien-Herzegowina verübten Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurden als „Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit“ eingestuft (UN Security Council Resolution 808, 22.2.1993). Mission und Mandat des Tribunals wurden seither in verschiedenen Resolutionen des UN Sicherheitsrats weiter modifiziert. Die erste UN Resolution (808) sieht die Hauptfunktion des Tribunals darin,

² Vgl. Abu Nimer 2001; Bar-Tal und Bennink 2004; Crocker 2003; Bloomfield et. al. 2003; Bloomfield 2006; Dwyer 2003; Galtung 2001; Lederach 1997, Lederach 2001; Rigby 2001; Pankhurst 1999.

Personen, die Gewalt und Menschenrechtsverletzungen verübt haben, zur Rechenschaft zu ziehen und den Frieden wieder her zu stellen. Spätere UN Resolutionen (1503 and 1534) formulieren darüber hinaus die Erwartung, dass das Gericht zu dauerhaftem Frieden, Sicherheit und Versöhnung beitragen werde.

Das Haager Tribunal hat inzwischen mehr als 100 Fälle von schwerwiegenden Kriegsverbrechen abschließend verhandelt. Von den Angeklagten wurden 5 freigesprochen, 52 verurteilt, in 36 Fällen wurden Anklagen zurückgezogen bzw. in einigen Fällen sind die Angeklagten (u.a. der prominenteste unter ihnen, Slobodan Milosevic) während des Prozesses verstorben. 14 Fälle wurden nationalen Gerichtshöfen in der Region übertragen.³ Ca. 60 Fälle werden aktuell noch verhandelt.

Im internationalen Kontext wurde die Arbeit des Haager Tribunals weitgehend anerkannt und gewürdigt als innovativer Mechanismus und Fortschritt auf dem Weg zur Ahndung von Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen. Indem es diejenigen, die dafür verantwortlich sind, identifiziert und öffentlich zur Rechenschaft zieht, ist das Tribunal ein wichtiges Instrument von „retributive justice“ (Vergeltungsjustiz, in Abgrenzung zu „restorative justice“, also Mechanismen, die sich gleichzeitig um Anerkennung der Opfer von Unrecht und Gewalt oder auch um die Wiederherstellung von Beziehungen und sozialen Gemeinschaften bemühen).

Vielfach wurde von Rechtsexperten betont, dass dieser internationale Mechanismus vor allem deshalb erforderlich und unabdingbar gewesen sei, weil die juristischen Institutionen und nationalen Gerichtshöfe in den am Krieg beteiligten Ländern eine derartige Strafverfolgung nicht hätten leisten können oder wollen. Verschiedene Studien schlussfolgerten, dass die Rechtssysteme in Bosnien-Herzegowina, in Serbien-Montenegro und Kroatien nach dem Krieg schon mit Routinefällen von Kriminalität überfordert waren und dass von daher die These, man hätte die Täter in der Region selbst vor Gericht stellen müssen, nicht überzeuge. Vielmehr hätten die lokalen Gerichte weder die Kapazitäten für einen solchen Prozess bereitstellen noch eine faire Prozessführung gewährleisten können (Zoglin 2005, 41). Inzwischen hat sich dies geändert, in allen erwähnten Ländern wurden mit internationaler Unterstützung nationale Gerichtshöfe aufgebaut, die sich mit minder schweren Fällen von Kriegsverbrechen beschäftigen.

Juristen haben immer wieder betont, dass das internationale Recht durch die Etablierung des ICTY einen enormen Fortschritt erfahren habe, weil damit am Krieg Beteiligte – egal ob Befehlshaber, einfache Soldaten oder auch politische Führer – befürchten müssen, persönlich zur Verantwortung gezogen zu werden, wenn sie sich nicht an geltendes Recht halten, Massaker und Menschenrechtsverletzungen begehen oder unterstützen. Hiervon erwartet man sich eine abschreckende Wirkung für zukünftige Kriegsszenarien.

Kritiker des Haager Tribunals führen jedoch an, dass die Reputation des Gerichts in der Region des ehemaligen Jugoslawien zu wünschen übrig lässt. Tatsächlich muss der Ruf des Tribunals insgesamt als ambivalent bezeichnet werden. Wenngleich in einigen Regionen – vor allem in Bosnien-Herzegowina – weite Teile der Bevölkerung das Tribunal als unverzichtbar ansahen, wurde es von anderen (vor allem in Serbien und auch in der Republika Srpska in Bosnien), als international aufgezwungener Mechanismus – als Ausdruck von „Siegerjustiz“ wahrgenommen, dem man ablehnend begegnete. In Serbien wird das Gericht bis heute weder umfassend akzeptiert noch gewünscht. Das Haager Tribunal hat übrigens – da sich die Verantwortlichen der mangelnden Popularität in weiten Teilen des Balkan zunehmend bewusst wurden – selbst empirische Untersuchungen zur Akzeptanz des Gerichts bei den verschiedenen

³ Vgl. www.un.org/icty: “ICTY at a Glance” [abgerufen am 22.05.2007].

Bevölkerungsgruppen des westlichen Balkan durchgeführt. Die Meinungsumfragen förderten zutage, dass die Anerkennung erschreckend gering ausfiel und seine Legitimität massiv in Frage gestellt wurde. Erst aufgrund dieser Ergebnisse und Jahre nach seiner Gründung entwickelte das ICTY schließlich eine sogenannte „Outreach Strategie“, das heißt, es investierte enorme Ressourcen in die Öffentlichkeitsarbeit und in Medienkampagnen. Diese konnten aber das negative Image des Tribunals nur teilweise revidieren.

Insider haben wiederholt darauf beschrieben, dass das Tribunal einen Gutteil seines Legitimitätsdefizits selbst zu verantworten habe. Refik Hodzic, langjähriger Sprecher des Haager Tribunals, Journalist und Filmemacher aus Sarajevo wies darauf hin, dass das ICTY vor allem in der Anfangsphase versäumt habe, mit der lokalen Bevölkerung direkt zu kommunizieren und dieser seine Arbeit fortlaufend nahe zu bringen (vgl. Hodzic 2007). Symptomatisch dafür ist es, dass z. B. in den ersten Jahren des Bestehens Gerichtsurteile und veröffentlichte Dokumente oft nur in englischer Sprache erhältlich waren. Damit wurde das Feld vollends der tendenziösen und häufig gegen das ICTY mobilisierenden Medienberichterstattung überlassen (Udovicic 2005).

Auch Vertreter lokaler Nichtregierungsorganisationen, die sich für Frieden und Menschenrechte einsetzten, hatten – zumindest in der Anfangsphase – ein gespaltenes Verhältnis zum ICTY (vgl. dazu ausführlich Saxon 2005 und Stubbs 2003).

Potenziale and Grenzen von Strafjustiz

Für die Friedensforschung stellt sich das Problem, dass die Wirkung von Kriegsverbrechertribunalen generell nicht in einem kurzen Zeitraum nach deren Etablierung erfasst werden kann (Hazan 2006). Ohnehin sind die Wirkungen auch langfristig schwer zu messen. Das gilt sowohl für deren friedensbildende Wirkung (also Abschreckung zukünftiger Gewalthandlungen), wie auch für den für eine langfristige Aussöhnung erforderlichen Aspekt der Gerechtigkeit im Hinblick auf Opfer und deren Angehörige. Bezogen auf den Beitrag des Haager Tribunals zum Friedensprozess im ehemaligen Jugoslawien gibt es bislang kaum gesicherte Forschungsergebnisse. Es gibt Indizien dafür, dass das Tribunal einen Motor für öffentliche Diskussionsprozesse gebildet hat, aber gleichzeitig gibt es auch Anzeichen dafür, dass seine Arbeit von nationalistischen Kreisen zum Anlass genommen wurde, konfrontative Diskurse zu schüren sowie Hass und Zwietracht zu säen. James Meernik hat das so genannte *Kansas Event Data System* (KEDS) angewandt um den Grad von Zusammenarbeit bzw. Konflikt in ethnisch gespaltenen lokalen Gesellschaften in Bosnien-Herzegowina zu untersuchen (Meernik 2005, 287). Er fand heraus, dass zahlreiche Urteile, die in Den Haag gefällt wurden, in Bosnien-Herzegowina auf lokaler Ebene mancherorts unmittelbar Übergriffe und Feindseligkeiten zwischen ethnischen Gruppen nach sich zogen.

Die Frage, ob das Haager Tribunal - wie in der UN Resolution 1534 angekündigt – zur Wiederherstellung des Friedens und zur Versöhnung beigetragen hat, ist noch nicht ausreichend empirisch untersucht. Einige Forscher halten es für unrealistisch, solche Erwartungen überhaupt an einen Strafgerichtshof zu formulieren. Sie raten davon ab, dessen Mandat zu überfrachten. Andere weisen zudem darauf hin, dass der Versuch, dem Haager Tribunal einen Auftrag zur Unterstützung von Versöhnung zu erteilen, ohne ihm gleichzeitig die dafür erforderlichen Instrumente an die Hand zu geben, seine eigentlichen Stärken und Verdienste – Verbrechen zu Dokumentieren und Gerechtigkeit in Nachkriegssituationen herzustellen – unterminieren würde (Fletcher and Weinstein 2004, 30).

Auch die langjährige Chefanklägerin Carla del Ponte hat die Herstellung von "Gerechtigkeit" und "Wahrheitsfindung" als zentrale Mission des Tribunals bezeichnet. Inwieweit das Tribunal "Gerechtigkeit für die Opfer" gewährleistet hat, ist allerdings noch nicht abschließend geklärt. Del Ponte wies auf den Vorteil der Strafjustiz hin, die individuelle Verantwortung (im Gegensatz zur Kollektivschuld) in den Vordergrund stellt (Del Ponte 2007). Manche Autoren und Friedensaktivisten beklagen jedoch, dass das Tribunal sich vor allem auf die Täter konzentrierte und weniger mit den Opfern beschäftigte und dass es kaum zur Anerkennung des Leids der Opfer beigetragen habe. Zudem orientiert sich das Tribunal im wesentlichen an angelsächsischen Rechtstraditionen, das heißt, es arbeitet auch mit Techniken wie Kreuzverhören, die sich für Opfer und Zeugen von Gewalttaten als sehr belastend erweisen (vgl. Hazan 2006; Campbell 2004).

Es wird jedoch weithin anerkannt, dass das Tribunal geholfen hat, wichtige Fakten über Massaker und Menschenrechtsverletzungen zutage zu fördern. Gleichzeitig ist noch unzureichend erforscht, inwieweit es auch eine gemeinsame historische Quelle für Erinnerung in der Region geschaffen hat. Wie erwähnt, ist das Tribunal bei der Bevölkerung im westlichen Balkan stark umstritten. Auch Friedens- und Menschenrechtsaktivisten aus dem ehemaligen Jugoslawien haben keine einheitliche Meinung dazu. Viele erkennen seine Verdienste für Gerechtigkeit und Faktendokumentation an. Einige arbeiten zudem seit Jahren eng mit dem Tribunal zusammen (z.B. in der Faktenermittlung, Opferbetreuung, Zeugenschutzprogrammen etc.) Allerdings bezweifeln die meisten, dass Strafjustiz – also auf Vergeltung ausgerichtete Gerechtigkeit – für sich genommen einen Beitrag zu Versöhnung leisten kann. Sie betonen, dass dazu weitergehende gesellschaftliche Mechanismen zur Faktenermittlung, Dokumentation, Wahrheitsfindung, Vertrauensbildung, Dialog und Heilung von gestörten Identitäten und Beziehungen erforderlich sind.

Unter Friedensaktivisten wie auch in der Forschung zur Konflikttransformation besteht Einigkeit darüber, dass Politik und Gesellschaft in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien gleichermaßen ihren Beitrag im Hinblick auf einen konstruktiven Umgang mit der Vergangenheit leisten müssen, damit eine langfristige Friedensordnung errichtet werden kann. Die Bereitschaft der Regierungen, mit dem Haager Tribunal zusammen zu arbeiten, fiel allerdings höchst unterschiedlich aus. Nach Angaben des ICTY war die Kooperationsbereitschaft der Behörden in Bosnien-Herzegowina am größten, wohingegen in Kroatien und vor allem in Serbien zeitweilig ganz erhebliche Widerstände zu verzeichnen waren.

Damit stellt sich die Frage: Was ist von den politischen Mandats- und Entscheidungsträgern in der Region des ehemaligen Jugoslawien weiterhin im Hinblick auf den Aufbau von Mechanismen zum konstruktiven Umgang mit der Vergangenheit zu erwarten? Sind sie bereit, Verantwortung zu übernehmen, die Offenlegung von Fakten zu unterstützen und Verständigungsprozesse zu fördern?

3. Was ist von den politischen Mandats- und Entscheidungsträgern zu erwarten?

Es gab in den vergangenen Jahren zahlreiche politische Entschuldigungen von politischen Repräsentanten der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien. Im Jahr 2000 entschuldigte sich Präsident Djukanovic aus Montenegro bei den Bürgern Kroatiens “for all the pain and material damage inflicted by Montenegrins”.⁴ Der Präsident der Föderation Serbien und Montenegro, Svetozar Marovic, und der kroatische Präsident Stjepan Mesic entschuldigten sich im September 2003 wechselseitig für Verbrechen und Gewalt, die im Namen der Bürger ihrer jeweiligen Staaten gegen die jeweils andere Seite verübt worden waren.⁵ Marovic entschuldigte sich darüber hinaus “for any evil or disaster that any one from Serbia and Montenegro caused to any one in Bosnia-Herzegovina”.⁶

Repräsentanten Serbiens statten sich allerdings schwerer, vor allem mit Entschuldigungen gegenüber Bosnien-Herzegowina. Erst in jüngster Zeit wurden zaghafte Schritte in diese Richtung unternommen. Jahrelang wurde argumentiert, beim Krieg in Bosnien-Herzegowina habe es sich um einen innerstaatlichen Konflikt, einen Bürgerkrieg gehandelt, für den Serbien keine unmittelbare Verantwortung zu übernehmen habe. 2007 entschuldigte sich schließlich der serbische Präsident Boris Tadic gegenüber den Bürgern Kroatiens für Gewalt, die in den Kriegen 1991-95 ausgeübt wurde. Im selben Jahr sprach auch der Ministerpräsident der Republika Srpska in Bosnien eine Entschuldigung für die im Krieg und vor allem in Srebrenica begangenen Verbrechen aus.

Diejenigen, die sich entschuldigen, sind allerdings meist die moderaten, auf EU-Kurs eingestellten Politiker, und sie geraten oft unter den Druck von politischen Hardlinern und nationalistischen Medien. Oft werden ihre Gesten keineswegs von der breiteren Bevölkerung mitgetragen. Es handelt sich meist um einzelne Stimmen; die große Mehrheit der Mandats- und Entscheidungsträger in Regierung und Parlament halten sich eher zurück in diesen Fragen. Der mediale Diskurs wird weiterhin von den Hardlinern bestimmt und ist geprägt von dem Phänomen der „Victimisation“, also der Selbstwahrnehmung und Stilisierung als Opfer. Alle fühlen sich in dieser Region als Opfer: Kroaten als Ziel einer „serbischen Aggression“ und eines von Milosevic begonnenen Angriffskrieges; Serbinnen und Serben als Opfer der „anderen“, insbesondere der „internationalen Gemeinschaft“, die sie für die zunehmende Verkleinerung des Territoriums und „Gebietsverluste“ (jüngst z.B. Kosovo) verantwortlich machen; manche fühlen sich zudem als Opfer eines internationalen Angriffskrieges (der NATO-Luftangriffe im Jahr 1999).

Besonders stark ausgeprägt ist das Phänomen der Viktimisierung in Bosnien-Herzegowina. Wo jedoch nur Opfer sind, werden Fragen nach der Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen durch die ‚eigene Seite‘, nach der Rolle der eigenen politischen Führung und den Tätern im eigenen Umfeld, verdrängt. Wer sie dennoch stellt, setzt sich bisweilen erheblichen Risiken aus, wie die Ermordung des Menschenrechtsaktivisten Dusko Kondor in Bijeljina (Republika Srpska), der intensiv mit dem Haager Tribunal kooperiert hat, im Februar 2007 auf traurige Weise bestätigte.

⁴ <http://www.ce-review.org>, Vol 2, No 26, 3 July 2000 [abgerufen am 12.10.2007].

⁵ RFE/RL, <http://www.globalsecurity.org> [abgerufen am 12.10.2007].

⁶ BBC news, 13.11.2003, <http://newsvote.bbc.co.uk> [abgerufen am 12.10.2007].

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Bislang wurden in der Region des ehemaligen Jugoslawien keine institutionalisierten Mechanismen zu Wahrheitsfindung und Versöhnung auf politischer und gesellschaftlicher Ebene etabliert. In Serbien-Montenegro gab es 2001 den Versuch, eine „Wahrheits- und Versöhnungskommission“ einzurichten. Hierbei handelte es sich allerdings um eine maßgeblich von Präsident Kostunica geförderte „top-down“-Initiative, die schon im Anfangsstadium im Streit um personelle Besetzung, Kompetenzen und Mandate zerrieben wurde.

Damit kommen wir zur Frage, welchen Beitrag zivilgesellschaftliche Organisationen in der Auseinandersetzung mit Vergangenheit und für Versöhnung leisten können.

4. Zivilgesellschaftliche Ansätze und Initiativen für Faktenermittlung, Heilung, Dialog und Versöhnung

Auch in Bosnien-Herzegowina gab es Bemühungen zur Errichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission (vgl. Kritz und Finci 2001; Basic 2007). Diese wurden von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Bürgerforen angestoßen und getragen, vor allem vom Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Bosniens, Jacob Finci und der „Citizens Assembly for Truth and Reconciliation“. Das Engagement mündete in eine parlamentarische Initiative und einen Gesetzentwurf. Das Anliegen fand aber keine Mehrheit im Parlament und auch wenig Unterstützung in der Bevölkerung. Vor allem Opferverbände wandten sich dagegen. (Die Frage, inwieweit das Haager Tribunal in diesem Zusammenhang eine unterstützende oder eher hemmende Rolle spielte, wurde wiederholt aufgeworfen, muss allerdings noch näher erforscht werden).

Da sich das Projekt vorerst also nicht realisieren ließ, widmeten sich einige Bürgerinitiativen und zivilgesellschaftliche Organisationen vorrangig regionalen, also grenzüberschreitenden Ansätzen der Faktenermittlung. Andere zivilgesellschaftlichen Akteure wiederum widmen sich Dialogmaßnahmen und friedenspädagogischen Ansätzen.

Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen und Umgang mit Vergangenheit

Zivilgesellschaftliche Organisationen und interessierte Forscher/innen beklagten jahrelang zu Recht, dass die politischen Entscheidungsträger in Regierungen und Parlamenten gerade in Bosnien-Herzegowina keine nennenswerten Anstrengungen unternommen haben, Kriegsfolgen angemessen zu erfassen und verlässlich zu dokumentieren. Sie taten sich insbesondere schwer damit, überprüfbare Daten zu Opferzahlen zu liefern und zu ordnen. Auch zehn Jahre nach dem Krieg waren von den Behörden noch immer keine verlässlichen Zahlen erhältlich, um beispielsweise zu klären, wie viele Menschen im Krieg getötet wurden, wie viele Menschen das Land verlassen haben und wie viele inzwischen zurückgekehrt sind. Es kursierten höchst widersprüchliche und ungenaue Angaben zur Anzahl der Kriegstoten. Diese wurden von den Kriegsbeteiligten nach Kräften manipuliert und jeweils unterschiedlich interpretiert. So haben bosnische Behörden bis 2006 durchgängig von 200.000 bis 250.000 Toten gesprochen, ohne diese Zahl je verifiziert zu haben. Erst durch die Arbeit eines unabhängigen, als NGO

registrierten Instituts, des *Research and Documentation Centre* (IDC) in Sarajevo, war es möglich, genauere Angaben über Tote und Vermisste zu erhalten. Über eine Datenbank, die der Öffentlichkeit zugänglich ist und zu deren Vervollständigung alle Bürgerinnen und Bürger eingeladen waren, konnte IDC eine verlässliche Dokumentation erstellen, die 96.000 direkt durch den Krieg Getötete (davon zwischen 80 und 90 Prozent bosniakischer Herkunft) ausweist.⁷

Die Faktenerhebung ist wichtig um zu vermeiden, dass Zahlen entlang der jeweiligen politischen Zielsetzungen beliebig manipuliert werden, was die Gefahr birgt, dass neue Mythen geschaffen werden, die dem Bemühen um Friedensförderung zuwider laufen. Die Kehrseite des undifferenzierten Umgangs mit den Fakten ist, dass Kriegsoffer einerseits politisch instrumentalisiert werden und andererseits schutzlos bleiben, bzw. in ihren Bedürfnissen ignoriert werden. Auch dieses Phänomen ist in Bosnien-Herzegowina zu beobachten.

Sensibilisierung für die Bedürfnisse von Kriegsoffern und Auseinandersetzung mit Tabus

In Bosnien-Herzegowina gab es über Jahre hinweg keine eindeutigen Kategorien dafür, wer als Kriegsoffer anerkannt wurde und wer nicht. Leidtragende waren vor allem Frauen, die während des Kriegs vergewaltigt oder gefoltert wurden. Ihre Probleme wurden in Bosnien lange Zeit ignoriert bzw. bildeten ein Tabu. Erst in Zusammenhang mit dem Film „Grbavica“⁸ und der zeitgleichen Kampagne lokaler und internationaler NGOs (wie z.B. *Medica Mondiale*), entschied das bosnische Parlament im Sommer 2006, dass vergewaltigte Frauen rechtlich als „Kriegsoffer“ anerkannt werden und eine Entschädigung erhalten, die derjenigen von Männern, die im Krieg gekämpft haben, entspricht. Dies wurde von Menschenrechts- und Frauenorganisationen als großer Erfolg verbucht.⁹

Zahlreiche internationale wie auch lokale Nichtregierungsorganisationen widmen sich überdies der Trauma-Arbeit. Die meisten richten sich an weibliche Kriegsoffer und begleiten Flüchtlinge und Rückkehrerinnen (vgl. Kleck 2007a, 2007b). Einige, wie z.B. das *Center for Trauma* in Novi Sad (Serbien), arbeiten jedoch bewusst mit männlichen Ex-Kombattanten, da bei den internationalen Reintegrationsprogrammen gerade die psychosoziale Dimension stark vernachlässigt wurde.

Im Bemühen um Anerkennung und Kompensation der Folgen begangenen Unrechts engagierten sich Opferverbände auch auf internationaler juristischer Ebene. Familienangehörige der Opfer von Srebrenica erhoben Anklage gegen die Republika Srpska (RS) vor dem internationalen Menschenrechtsgerichtshof. Sie erreichten mit ihrem Engagement, dass 2003 in der RS eine Kommission eingesetzt wurde, welche die Vorgänge in der Zeit vom 10. bis 19. Juli

7 IDC-Report April 2004-April 2006, 4, online unter www.idc.org.ba [abgerufen am 15.11.2006].

8 Der Film „Grbavica“ von Jasmila Zbanic behandelt die Beziehung einer bosniakischen Frau, die während des Krieges vergewaltigt wurde, und ihrer halbwüchsigen Tochter im Nachkriegs-Sarajevo. Der Film verdeutlicht, wie Kriegstraumata individuelle Schicksale beeinflussen, und dass weiterhin starke gesellschaftliche Tabus den Umgang damit erschweren. International ausgezeichnet wurde der Film u.a. durch die Verleihung des Goldenen Bären bei den Filmfestspielen in Berlin. Er wurde in Bosnien inzwischen von mehr als 100.000 Menschen gesehen, obwohl er mancherorts, vor allem in der *Republika Srpska*, durch Kinobesitzer und Verleihfirmen boykottiert wurde.

9 NGOs haben sich mit 50.000 Unterschriften für die offizielle Anerkennung und Unterstützung vergewaltigter Frauen eingesetzt. Ein Gesetzesentwurf billigte den Frauen schließlich ein Anrecht auf Entschädigung zu, aber nur 50 Prozent der Summe, welche männlichen Kriegsversehrten gezahlt wurde. Die NGO-Kampagne trug mit dazu bei, dass dieses Verfahren revidiert und den Frauen 100% bewilligt wurden.

1995 in Srebrenica untersuchte. Die se präsentierte 2005 einen Bericht, in dem die Behörden und die Regierung der RS eingestanden, dass 7.000 Personen getötet wurden (und nicht nur 2.000, wie bis dahin behauptet worden war).

Es muss allerdings auch erwähnt werden, dass Opfergruppen im Hinblick auf den Umgang mit Vergangenheit eine ambivalente Rolle spielen. Leider werden ihre großenteils berechtigten Anliegen von ethnonationalistischen Politikern oft auch für Propagandazwecke missbraucht und in Kampagnen eingebunden, die darauf abzielen, die jeweils „andere“ Gruppe negativ darzustellen und die Verbrechen der eigenen Gruppe zu negieren. Die Tatsache, dass sich die drei nationalen Kommissionen für „missing persons“, die seit dem Krieg in Bosnien-Herzegowina existierten, im Jahr 2005 endlich zusammenschlossen, kann aber als Zeichen der Hoffnung und der grundsätzlichen Bereitschaft, einen gemeinsamen Blick auf die Vergangenheit zu wagen, interpretiert werden (Baumann and Müller 2006, 31).

Grenzüberschreitende Initiativen für den Umgang mit Vergangenheit

Sowohl in Bosnien-Herzegowina als auch in anderen Teilen des ehemaligen Jugoslawien, etwa in Serbien und Kroatien, haben sich in den vergangenen Jahren zivilgesellschaftliche Akteure der Suche nach einem sachlicheren und konstruktiven Umgang mit der Vergangenheit verschrieben. Ihr Anliegen ist neben der Faktenermittlung auch die Sensibilisierung einer breiteren Öffentlichkeit für die Übernahme individueller und kollektiver Verantwortung für Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen. Im Jahr 2005 schlossen sich vier NGOs aus Bosnien-Herzegowina, Serbien und Kroatien zusammen: Das *Humanitarian Law Center* in Belgrad, das *Dokumenta-Center for Dealing With the Past* in Zagreb, das *Center for Peace, Nonviolence, and Human Rights* in Osijek und das *Research and Documentation Center* in Sarajevo bilden ein Netzwerk für regionale Kooperation zum Thema „dealing with the past“. Sie arbeiten seither gemeinsam und grenzüberschreitend an der Dokumentation von Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen und führen Fortbildungen in Faktenermittlung und Menschenrechtsarbeit durch. Sie erachten einen gemeinsamen Blick auf die Vergangenheit als wichtige Voraussetzung für einen stabilen Frieden.

Solche Initiativen arbeiten meist unterstützt von ausländischen Sponsoren. Sie können bislang (zumindest in Bosnien-Herzegowina und Serbien) kaum mit materieller Unterstützung aus der eigenen Politik und Gesellschaft rechnen und sich auch nicht auf ein massives Medienecho stützen. Einige Fortschritte konnten dennoch in den vergangenen Jahren erzielt werden. So finden die Zahlen des IDC inzwischen zunehmend auch Eingang in die Verlautbarungen von Politikern und in die Berichterstattung der Medien.

Überdies wurden durch zivilgesellschaftliche Arbeit in den vergangenen Jahren neue Fakten über Kriegsverbrechen aufgedeckt, die auch für die Beweisführung des Haager Kriegsverbrechertribunals Bedeutung erlangt haben. So veröffentlichte das Belgrader Humanitarian Law Center 2005 ein Video, das die Ermordung bosniakischer Jugendlicher aus Srebrenica durch Mitglieder der sogenannten „Skorpione“ (Anfang der 1990er Jahre gegründete serbische, paramilitärische Einheit die aller Wahrscheinlichkeit nach den Sicherheitskräften des Milošević-Regimes unterstand) dokumentierte. Das Video machte deutlich, dass das Massaker von Srebrenica nicht ausschließlich von bosnisch-serbischen Einheiten verübt wurde, wie vielfach von der ex-jugoslawischen und später der serbischen politischen Führung unterstellt, sondern dass der jugoslawische Staat daran direkte Verantwortung trug. Fernsehübertragungen

des Filmmitschnitts sorgten in Bosnien-Herzegowina, Serbien und Montenegro gleichermaßen für Debatten.

Das zeigt zum einen, dass die Suche nach Gerechtigkeit im Sinne der Strafverfolgung von Kriegsverbrechen direkt von zivilgesellschaftlichem Engagement profitieren kann. Zum anderen wird deutlich, dass zivilgesellschaftliche Initiativen für Faktenerhebung und gesellschaftliche Sensibilisierung zumindest punktuell auf den öffentlichen Diskurs Einfluss nehmen können, wenn sie eng mit dafür aufgeschlossenen Medien kooperieren. Gleichwohl wären, um einen umfassenden gesellschaftlichen Prozess der Aufarbeitung von Vergangenheit in Gang zu setzen, vorbildliche Initiativen seitens der staatlichen Akteure vonnöten.

Stärkung individueller Friedensfähigkeit, Aufbau von Beziehungen und Versöhnung

Neben Initiativen, die sich lokal oder regional für Faktenerhebung, Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen und Gerechtigkeit einsetzen, engagieren sich in Bosnien-Herzegowina und anderen Teilen des ehemaligen Jugoslawien zivilgesellschaftliche Akteure für den Aufbau von Beziehungen zwischen Menschen aus verfeindeten Lagern und für Versöhnung. Hier ist z.B. das Centre for Nonviolent Action (*Centar za Nenasilnu Akciju*, CNA) mit Sitz in Sarajevo und Belgrad zu nennen.

CNA wurde 1997 in Sarajevo gegründet, und organisierte zunächst Trainings in gewaltfreier Konfliktbearbeitung, in denen Menschen aus der Region des ehemaligen Jugoslawien gemeinsame Erfahrungen sammeln und sich für weitere friedenspolitische Arbeit vernetzen können (vgl. ausführlich Fischer 2007a). Zum Team von CNA gehören Frauen und Männer mit unterschiedlicher Herkunft (aus Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Serbien und Montenegro) und biographischem Hintergrund, darunter Kriegsdienstverweigerer ebenso wie Veteranen. Ihr gemeinsames Anliegen ist es, die Konflikte, die zum Zusammenbruch des ehemaligen Jugoslawien führten und die in den Nachfolgestaaten teilweise weiter existieren, sichtbar zu machen und zu transformieren. CNA hat das Konzept der Gewaltfreiheit („*nenasilje*“) in den südslawischen Kontext übersetzt und dazu beigetragen, dass es nach und nach in zivilgesellschaftlichen Kreisen auf dem westlichen Balkan Verbreitung gefunden hat. CNA konnte ein grenzüberschreitendes Netzwerk von Friedensaktivisten aufbauen, dem Expertinnen und Multiplikatoren aus dem Bildungssektor, aus NGOs, aus den Medien, sowie Vertreter von Veteranenverbänden und politischen Parteien angehören.

Seit 2002 ist CNA auch in Belgrad tätig und konzentriert sich seither auf Aktivitäten, die Menschen in der gesamten Region für einen konstruktiven Umgang mit Vergangenheit sensibilisieren sollen. CNA hat dabei zunehmend Kriegsveteranen aller am Krieg beteiligten Seiten eingebunden. Es wurden öffentliche Diskussionsforen in verschiedenen Städten in Bosnien-Herzegowina, Serbien und Montenegro durchgeführt, bei denen die ehemaligen Soldaten persönliche Erlebnisse und Erfahrungen im Bosnienkrieg dargelegt und begründet haben, warum sie sich inzwischen für Gewaltprävention einsetzen. Die Foren gaben Raum für die Bearbeitung individueller Kriegserlebnisse und trugen dazu bei, Debatten über die Dynamik des Krieges und seine Folgen und über individuelle Verantwortung, zumindest auf der lokalen Ebene anzuregen (vgl. Fischer 2007a). Daneben widmete sich CNA in den vergangenen Jahren verstärkt der Erstellung friedenspädagogischer Materialien, wie z.B. der Produktion von Trainingshandbüchern und publizierte außerdem wichtige Beiträge zur Auswertung von Friedens- und Versöhnungsarbeit im ehemaligen Jugoslawien (vgl. Rill und Franovic 2005; Rill,

Smidling und Bitoljanu 2007). Überdies hat das Team mehrere Dokumentarfilme¹⁰ erstellt, die sich dem Umgang mit der Vergangenheit widmen und in denen Menschen ihre jeweilige Rolle und Verantwortung vor, während und nach den Kriegen auf dem westlichen Balkan reflektieren.

Es gibt zahlreiche weitere Initiativen in der Region des ehemaligen Jugoslawien, die sich dem Umgang mit Vergangenheit im Rahmen der Friedenserziehung und der Dialogarbeit widmen, u.a. in Kroatien das *Center for Peace Studies* (Zagreb) und das *Center for Peace, Nonviolence and Human Rights* (Osijek), sowie das *Miramida Centre* in Groznjan/Istrien, in Bosnien-Herzegowina das *Nansen Dialogue Center* (Mostar) und die Organisation *Terca* (eine inzwischen lokal registrierte NGO, die aus dem regionalen Büro der *Quaker Peace and Social Witness* hervorging (wobei letztere weiterhin ein Büro in Belgrad unterhalten), außerdem Jugendgruppen wie *Odysee* in Bosnien und die *Youth Initiatives for Human Rights* in Belgrad, und – ebenfalls auf regionaler Ebene, die *Igman Initiative*.

Auch religiös motivierte Organisationen haben Impulse für regionalen Dialog und Versöhnung gegeben (vgl. Brajovic 2007; United States Institute for Peace 2003). Der *Inter-religious Council of Bosnia and Herzegovina* wurde 1997 von vier religiösen Würdenträgern in Bosnien gegründet, die ein “Statement of Shared Moral Commitment” in Sarajevo unterzeichneten. Dies war das erste Dokument dieser Art auf dem Balkan, und es öffnete die Türen für Annäherung der Religionsgemeinschaften für die Zukunft.¹¹ Auch das *International Multireligious and Intercultural Centre* (gegründet von dem Franziskaner Marko Orscholic) und die *Regional Address for Nonviolent Action* (koordiniert von Ana and Otto Raffai in Kroatien und Bosnien-Herzegowina) setzten sich für interreligiösen und grenzüberschreitenden Dialog ein.

Fazit

Alle erwähnten zivilgesellschaftlichen Initiativen arbeiten unter schwierigen Bedingungen. Die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen wird von den nationalen Regierungen und kommunalen Körperschaften bestenfalls geduldet, selten aktiv und noch seltener materiell unterstützt. So arbeiten sie in Nischen, nicht stark beachtet oder teilweise sogar angefeindet von der sie umgebenden Gesellschaft und Politik. Ihre Erfolge sind kurzfristig kaum zu messen. Viele sind ausgebrannt und haben das Gefühl, dass auf einen Schritt vorwärts manchmal zwei Rückwärtsschritte folgen, weil seitens der offiziellen Politik von Regierung und Parlamenten (v.a. in Bosnien-Herzegowina und Serbien) vielerorts der Kurs auf Polarisierung statt auf Dialog steht. Die meisten zivilgesellschaftlichen Organisationen sind abhängig von ausländischer Unterstützung, ausländische Geldgeber aber sehen ihre Mission im Balkan zunehmend als erfüllt an und wenden sich aktuelleren und stärker im Blickfeld der Medienöffentlichkeit stehenden Krisenregionen zu. Damit ergibt sich für die gerade erst begonnene Vergangenheitsarbeit eine prekäre Situation.

10 1) *Ne Moze da traje vecno* (It can not last forever), 2) *Svi bi rado bacili kamen* (All wish to cast a stone), von Nenad Vukosavljevic, Centre for Non-Violent Action (CNA), Sarajevo/Belgrade 2005 und 2006.

11 Es wurde unterzeichnet von Mustafa Cerić, *Reis-ul Ulema* der Islamischen Gemeinschaft von BiH; dem Metropolit Nikolaj Dabrobosanski im Namen des Serbischen Patriarchen Pavle; Vinko Cardinal Puljić, Erzbischof von Sarajevo und Präsident der Bischofskonferenz von Bosnien-Herzegowina, und von Jakob Finci, dem Präsidenten der jüdischen Gemeinde von Bosnien-Herzegowina (vgl. Brajovic 2007).

5. Ausblick: Friedensförderung und Versöhnung als Langzeitprozess – „top-down, bottom-up and from the middle out“

Die Region des ehemaligen Jugoslawien ist von zahlreichen gesellschaftlichen Konfliktlinien durchzogen. Einige Länder sind weiterhin von segregierten Parallelgesellschaften geprägt. Mancherorts gelingt kaum eine friedliche Koexistenz der weiterhin nach ethnopolitischen Identitäten polarisierten Lager. Dies gilt vor allem für Bosnien-Herzegowina, das letztlich als Staat dreier Volksgruppen konstruiert wurde, die sich weiterhin mit Misstrauen gegenüberstehen, und für Kosovo. Über Jahre hin ungelöste Statusfragen in Schlüsselregionen (man betrachte das Beispiel Kosovo), wie auch der Mangel an funktionstüchtigen staatlichen Strukturen und an Vertrauen vieler BürgerInnen in eben diese Institutionen (dies gilt vor allem für Bosnien-Herzegowina) haben dazu beigetragen, dass sich in einigen Ländern des westlichen Balkan demokratische Verhältnisse, menschliche Sicherheit und eine Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit dem Gemeinwesen nicht ausreichend entwickeln konnten. Man kann nicht sagen, dass sich in der letzten Dekade nichts verändert habe, aber die Fortschritte sind sehr schleppend. Es ist offensichtlich, dass der Übergang vom Krieg zum Frieden mehr als ein Jahrzehnt in Anspruch nimmt und dass sowohl auf lokaler wie auch auf grenzüberschreitender, regionaler Ebene weitergehende Bemühungen um Konfliktbearbeitung und Versöhnungsprozesse erforderlich sind, die Heilungsprozesse und den (Wieder-)Aufbau von Beziehungen ermöglichen. Es stellen sich derzeit vielfältige friedenspolitische Herausforderungen: 1) Die Fortsetzung von begonnenen Prozessen der Auseinandersetzung mit Vergangenheit auf der Basis unwiderlegbarer, gesicherter Fakten, wie auch 2) der juristischen Aufarbeitung in der Region, 3) Unterstützung beim Aufbau von Institutionen und von Zivilgesellschaft, 4) ökonomische Entwicklung und die Eröffnung von Zukunftschancen für nachwachsende Generationen.

„Local Ownership“ bei der Faktenermittlung

Initiativen zur Versöhnung gehen bislang noch von einzelnen Individuen oder marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen aus und können nicht auf nennenswerte politische Unterstützung zählen. Bislang hat das Haager Tribunal die Führungsrolle im westlichen Balkan bei der Verfolgung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gespielt. In Zukunft wird es darum gehen, wie Rechtsprechung und Faktenermittlung in lokaler Verantwortung gewährleistet werden können. Es wurde eingangs darauf hingewiesen, dass die Wirkung des Haager Tribunals auf den Friedensprozess noch nicht bewiesen und auch noch nicht eingehend genug erforscht worden sei, dass seine Arbeit sogar unter Umständen in der unmittelbaren Nachkriegsdekade zu Feindseligkeiten beigetragen oder diese verstärkt hat. Das bedeutet aber nicht, dass es nicht langfristig betrachtet doch indirekt Versöhnungsprozessen zugute kommen kann, und zwar durch die bedeutenden Dokumentationen und Archive, die im Laufe seiner Arbeit geschaffen wurden.

Man sollte sich vor Augen halten, dass beispielsweise auch die Nürnberger Prozesse, in denen Nazitäter in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg zur Rechenschaft gezogen wurden, zunächst von relevanten Teilen der Bevölkerung mit Misstrauen betrachtet und als Siegerjustiz wahrgenommen wurden. (Inzwischen ist von der Forschung und auch dem in Nürnberg errichteten

Dokumentationszentrum hinreichend belegt, dass diese Prozesse überaus fair vonstatten gingen). Die Prozesse hatten keinen Effekt dahingehend, dass sich die deutsche Gesellschaft unmittelbar bewusster oder bereitwilliger mit der Vergangenheit auseinandergesetzt hätte. Aber von dem Archivmaterial, das dadurch bereitgestellt wurde, konnten 25 Jahre später die Generationen der Söhne, Töchter und Enkel Gebrauch machen und damit zur gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung beitragen.

Eine zentrale Herausforderung besteht nach Ansicht zahlreicher Friedens- und Menschenrechtsaktivisten darin sicherzustellen, dass die Archive des Haager Tribunals nicht jenseits des Atlantik an den Sitz der UN in New York verlagert werden, sondern dass sie in der Region verbleiben. Nur so kann all denen, die sich der Faktenermittlung widmen möchten (Überlebende und Hinterbliebene, Gerichte, Historiker, Studierende, Friedens- und Menschenrechtsorganisationen), der Zugang ermöglicht werden. Als möglicher Standort für das Archivmaterial bietet sich – angesichts der Tatsache, dass das Land vergleichsweise am stärksten von Krieg und Gewalt betroffen wurde - Bosnien-Herzegowina an.

Nationale Gerichtshöfe weiterhin unterstützen

Nationale Gerichtshöfe müssen in die Lage versetzt werden, Recht zu sprechen und Gerechtigkeit herzustellen, und zwar nicht nur mit Blick auf vergangene Verbrechen, sondern auch auf in der Gegenwart andauernde Menschenrechtsverletzungen und Benachteiligungen. Internationale Organisationen wie die UN haben sich für die Unterstützung dieser Instrumente maßgeblich engagiert. In Serbien existiert eine nationale Strafgerichtskammer zur Ahndung von Kriegsverbrechen, in Kroatien wurden verschiedene Sondergerichtshöfe hierfür etabliert (in Zagreb, Osijek, Rijeka and Split). 2005 wurde auch in Sarajevo eine Kammer zur Verfolgung von Kriegsverbrechen am Gerichtshof von Bosnien-Herzegowina eingerichtet, die bereits einige Fälle vom Haager Tribunal übernommen hat. Die Einrichtung funktionierender Mechanismen für die Verfolgung von Kriegsverbrechen in der Region des ehemaligen Jugoslawien ist vor allem deshalb so wichtig, weil schätzungsweise 10.000 Fälle von minder schweren Kriegsverbrechen offen bleiben werden, wenn das Haager Tribunal für das ehemalige Jugoslawien, wie vorgesehen im Jahr 2010 seine Arbeit beendet.

Mirza Kusljagic, Universitätsprofessor und früherer bosnischer Botschafter bei der UNO hat mit Recht als wichtigste Voraussetzungen für einen Versöhnungsprozess in Bosnien-Herzegowina und der gesamten Region drei Schritte formuliert (Kusljagic 2005):

- 1) Die Strafgerichtshöfe in der Region effektiv zum Arbeiten zu bringen und Kriegsverbrecher wie Ratko Mladic und Radovan Karadzic ins Gefängnis zu bringen;
- 2) Die bisher noch vermissten Personen zu finden und zu identifizieren (um ihnen Namen zu geben und genauen Zahlen zu kennen);
- 3) Mechanismen zu schaffen, in denen Menschen über die Vergangenheit sprechen können, und ggf. Wahrheits- und Versöhnungskommissionen zu einem späteren Zeitpunkt zu etablieren, wenn die Zeit dafür reif ist.

Kusljagic argumentierte, dass Versöhnung eine Vorbedingung für eine langfristige Stabilität in Bosnien-Herzegowina sei und dass dies nur unter Einbeziehung der gesamten Region des westlichen Balkan vonstatten gehen könne. Versöhnung ist seiner Ansicht nach “ein fragiler, langfristiger und mühsamer Prozess” und “nationale Versöhnung” ist nicht möglich

ohne „nationale Katharsis“. Diese kann nur durch „Selbstüberprüfung und unhinterfragbare Fakten“ erreicht werden und dies erfordert eine Umgebung frei von Angst, Ausgrenzung, Fremdenhass oder kollektiven Schuldzuweisungen, und eine Atmosphäre von Dialog und Verständigung (Kusljugic 2005).

Unterstützung beim Aufbau von Institutionen und von Zivilgesellschaft

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage: Können externe, internationale Akteure überhaupt zur Versöhnung in der Region des westlichen Balkan beitragen, oder muss dies den lokalen Akteuren vorbehalten werden? Versöhnung muss – da sind sich Friedensaktivisten und Forscher weitgehend einig – im wesentlichen von den in sich verfeindeten Gesellschaften selbst geleistet werden. Gleichzeitig aber stellt sich die Frage, in wie weit externe Akteure diese dabei unterstützen können. Gibt es Politikoptionen, mit denen internationale Akteure Versöhnung – verstanden als gesellschaftlicher Langzeitprozess von Heilung und Wiederherstellung menschlicher Beziehungen – beeinflussen können?

In der Region des ehemaligen Jugoslawien können internationale Akteure in verschiedener Hinsicht Einfluss nehmen: Zum einen durch Unterstützung beim Aufbau politischer Institutionen und der Herstellung von Rechtssicherheit bzw. der Durchsetzung von geltendem Recht, und zum anderen durch Unterstützung schon existierender grenzüberschreitender Dialogprozesse, die von Zivilgesellschaftlichen Organisationen eingeleitet wurden und auf Vertrauensbildung, soziale Kohärenz und den Aufbau von Beziehungen in kriegszerstörten Gesellschaften gerichtet sind. Hier bedarf es gleichzeitiger „top down“ wie auch „bottom up“ Prozesse. Friedensförderung bedarf eines integrierten Ansatzes, der sich gleichermaßen auf die Förderung von politischen Institutionen wie von Zivilgesellschaft richtet.

Zivilgesellschaftliche Initiativen verdienen auch von daher Unterstützung, als sie Druck auf politische Mandats- und Entscheidungsträger ausüben können, sich in den Parlamenten, Regierungen und Institutionen aktiv mit der Vergangenheit auseinander zu setzen. Internationale Organisationen und NGOs können positive Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Menschen in dieser Hinsicht aktiv werden. Aber sie sollten es unbedingt vermeiden, den Menschen im ehemaligen Jugoslawien ihre eigenen Definitionen von „Versöhnung“ oder ihre eigenen Vorstellungen davon aufzudrücken, wie ein konstruktiver Umgang mit Vergangenheit auszusehen hat. Außerdem sollten sie nicht den Zeitrahmen vorgeben bzw. auf kurzfristige Erfolge drängen.

Zudem sollten externe Akteure das Thema der Vergangenheitsbearbeitung nicht überbetonen. Sie müssten sich stattdessen vielmehr darauf konzentrieren günstige Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Menschen überhaupt bereit sind bzw. in die Lage versetzt werden, sich der Vergangenheit zu stellen. Das betrifft Prozesse, Strukturen und Visionen zur Gestaltung einer besseren Zukunft. Die Aussicht auf eine stärkere Anbindung oder Einbindung in die Europäische Union kann wichtige psychosoziale Wirkungen für die Gesellschaften des westlichen Balkan haben, aber nur dann, wenn die EU-Option auch eine reale Option ist. Das heißt, dass die Kriterien für einen potenziellen Beitritt konkret, transparent, glaubwürdig und erreichbar formuliert werden müssen. Sie müssen einen Zeitrahmen eröffnen, der nicht jenseits der Vorstellungskraft der Bevölkerungen ist. Eben weil die EU mit ihren Missionen in Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo mehr und mehr Verantwortung für die weitere Entwicklung in der Balkanregion übernommen hat, kann sie bedeutende Potenziale

entfalten. Voraussetzung ist allerdings, dass sie endlich auch ein kohärentes *regionales Konzept für Friedensförderung und Stabilität* in der Region entwickelt.

Ökonomische Entwicklung, Zukunftschancen für nachwachsende Generationen, Reiseerleichterungen und Jugendaustausch

Der Mangel an ökonomischen Perspektiven und an Zukunftshoffnungen für einen Großteil der Bevölkerung in vielen Ländern des westlichen Balkan trägt zusätzlich dazu bei, dass Teile der Region weiterhin die Gefahr eines Pulverfasses bilden. Allen gemeinsam ist nämlich eine große Jugendarbeitslosigkeit. In einer derart spannungsgeladenen Situation individuelle oder kollektive Bereitschaft zur konstruktiven Beschäftigung mit der Vergangenheit zu erwarten, ist unrealistisch. In der Region des ehemaligen Jugoslawien müssen daher zunächst vor allem wirtschaftliche Perspektiven entwickelt, extreme Ungerechtigkeiten beseitigt und soziale Sicherungssysteme etabliert werden. Die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten muss ein zentrales Ziel bilden. Nur so werden nachwachsende Generationen, die derzeit vom legalen Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, eine positive Zukunftsvision entwickeln und daran gehindert werden, in informelle oder Schattenökonomien abzudriften.

Eine weitere aktuelle Herausforderung besteht in der Öffnung der Europäischen Union für Möglichkeiten der Qualifizierung junger Menschen und langfristig auch für Arbeitskräfte aus der Region des ehemaligen Jugoslawien. Ausbildungsmaßnahmen, die junge Menschen für den Arbeitsmarkt fit machen, sollten durch Stipendienprogramme in den EU-Mitgliedsländern unterstützt werden. Der frühere Hohe Repräsentant Bosnien-Herzegowinas, Wolfgang Petritsch, hat darauf hingewiesen, dass 70% der Jugendlichen in Serbien and Bosnien niemals ihr Land verlassen haben, und drängte darauf, dass die EU für diese ihre Grenzen durchlässiger macht.¹² Eine Liberalisierung der Visa-Politik wäre also dringend erforderlich. Darauf verweisen seit Jahren auch Papiere der *International Crisis Group* (2005).

Auf diese Weise kann Jugendlichen gleichzeitig ermöglicht werden, Auslandserfahrung zu sammeln, ihren Horizont zu erweitern und einen veränderten Blick auf die Situation im eigenen Land zu werfen. So können sie Diskurse nachvollziehen, die von der in ihren Heimatländern verbreiteten nationalistischen Propaganda abweichen. Damit würde man auch das Signal aussenden, dass die Region einen Teil Europas bildet. Das eröffnet zumindest die Chance, dass junge Menschen eine positive Sicht auf die Zukunft entwickeln und einen anderen Blick auf die Vergangenheit wagen. Auf die Bereitschaft nachwachsender Generationen, sich in konstruktiver Weise mit der Vergangenheit auseinander zu setzen und zur Friedensförderung beizutragen, sind politische Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich um Alternativen zum Ethno-Nationalismus bemühen, gleichermaßen dringend angewiesen.

¹² Rede bei der Konferenz: „European Perspectives of the Western Balkans“, Heinrich Böll Stiftung, 5 July 2006, Berlin.

Literatur

- Abu-Nimer, Mohammed (Hrsg.) 2001. *Reconciliation, Justice and Coexistence: Theory and Practice*. Lanham, MD: Lexington Books.
- Afzali, Aneelah und Laura Colleton 2003. "Constructing Coexistence: A Survey of Coexistence Projects in Areas of Ethnic Conflict", in: Antonia Chayes und Martha Minow (Hrsg.) 2003: *Imagine Coexistence: Restoring Humanity After Violent Ethnic Conflict*. Cambridge, MA: Jossey-Bass, S. 3-20.
- Arnautovic, Aldin und Refik Hodzic 2004. *Justice Unseen*. Dokumentarfilm gefördert durch den Open Society Fund. Sarajevo: XY-Films.
- Bar-Tal, Daniel und Gemma H. Bennink 2004. "The Nature of Reconciliation as an Outcome and a Process", in: Bar-Simon-Tov, Yaacov (Hrsg.) 2004: *From Conflict Resolution to Reconciliation*. Oxford: Oxford University Press, S. 11-38.
- Basic, Sanela 2007. "Bosnian Society on the Path to Justice, Truth and Reconciliation", in: Martina Fischer (Hrsg.) 2007. *Peacebuilding and Civil Society in Bosnia-Herzegovina – Ten Years after Dayton*. Münster: LIT Verlag, S. 357-385.
- Baumann, Gabriele und Nina Müller 2006. *Vergangenheitsbewältigung und Erinnerungskultur in den Ländern Mittelost- und Südosteuropas*. Arbeitspapier 164/2006. Berlin/Sankt Augustin: Konrad Adenauer Stiftung.
- Bleeker, Mo (Hrsg.) 2006. *Dealing with the Past and Transitional Justice: Creating Conditions for Peace, Human Rights and the Rule of Law*. Conference Paper 1/2006, Dealing with the Past – Series. Bern: Schweizerische Eidgenossenschaft, Federal Department of Foreign Affairs.
- Bloomfield, David, Teresa Barnes und Luc Huyse 2003. *Reconciliation after Violent Conflict. A Handbook. International IDEA Handbook Series*. Stockholm: International Institute for Democracy and Electoral Assistance.
- Bloomfield, David 2006. *On Good Terms: Clarifying Reconciliation*. Berghof Report Nr. 14. Berlin: Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung.
- Brajovic, Zoran 2007. "The Potential of Inter-Religious Dialogue", in: Martina Fischer (Hrsg.) 2007. *Peacebuilding and Civil Society in Bosnia-Herzegovina – Ten Years after Dayton*. Münster: LIT Verlag, S. 185-214.
- Campbell, Kirsten 2004. "The Trauma of Justice: Sexual Violence, Crimes against Humanity and the International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia", in: *Social and Legal Studies*, Vol. 13, Nr. 3, S. 329-350.
- Chapman, Audrey R. 2002. *Approaches to Studying Reconciliation. Presentation to the Conference on Empirical Approaches to Studying Truth Commissions*. Stellenbosch, South Africa, November 2002.
- Chayes, Antonia und Martha Minow (Hrsg.) 2003. *Imagine Coexistence: Restoring Humanity After Violent Ethnic Conflict*. Cambridge, MA: Jossey-Bass.
- Chigas, Diana und Brian Ganson 2003. "Grand Visions and Small Projects: Coexistence Efforts in Southeastern Europe", in: Antonia Chayes und Martha Minow (Hrsg.) 2003: *Imagine Coexistence: Restoring Humanity After Violent Ethnic Conflict*. Cambridge, MA: Jossey-Bass, S. 59-84.
- Crocker, David A. 2003. "Reckoning with Past Wrongs: A Normative Framework", in: Carol A. L. Prager und Trudy Govier (Hrsg.) 2003: *Dilemmas of Reconciliation: Cases and Concepts*. Waterloo, ON: Wilfrid Laurier University Press, S. 39-63.

- Crocker, David A. 2000. *Retribution and Reconciliation*. University of Maryland: Institute for Philosophy and Public Policy, erhältlich unter: www.puaf.umd.edu/IPPP/Winter-Springoo/retribution_and_reconciliation.htm.
- Del Ponte, Carla 2007. [Ohne Titel]. Konferenzbeitrag zum Thema: Establishing the Truth About War Crimes and Conflicts, Panel: On the Role of War Crime Trials in Truth-Telling. Zagreb, Kroatien, 8./9. Februar 2008, erhältlich unter: <http://www.un.org/icty/pressreal/2007/cadelst-070215.htm>.
- Dwyer, Susan 2003. "Reconciliation for Realists", in: Carol A. L. Prager und Trudy Govier (Hrsg.) 2003: *Dilemmas of Reconciliation: Cases and Concepts*. Waterloo, Ontario: Wilfrid Laurier University Press, S. 91-110.
- Fischer, Martina (Hrsg.) 2007. *Peacebuilding and Civil Society in Bosnia-Herzegovina – Ten Years after Dayton*. Münster: LIT Verlag.
- Fischer, Martina 2007a. "Confronting the Past and Involving War Veterans for Peace. Activities by the Center for Nonviolent Action, Belgrade / Sarajevo", in: Martina Fischer (Hrsg.) 2007. *Peacebuilding and Civil Society in Bosnia-Herzegovina – Ten Years after Dayton*. Münster: LIT Verlag, S. 387-416.
- Fischer, Martina 2007b. "Finding a Balance. Interview with Members of the Center for Nonviolent Action Sarajevo", in: Martina Fischer (Hrsg.), 2007. *Peacebuilding and Civil Society in Bosnia-Herzegovina – Ten Years after Dayton*. Münster: LIT Verlag, S. 417-436.
- Fletcher, Laurel und Harvey Weinstein 2004. "A World Unto Itself? The Application of International Justice in Former Yugoslavia", in: Eric Stover und Harvey Weinstein (Hrsg.) 2004. *My Neighbour, My Enemy*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 29-48.
- Franovic, Ivana 2007. *Peacebuilding and Dealing with the Past in the Context of Ethnonationalism. The Case of Bosnia and Herzegovina, Croatia and Serbia*. Dissertation, eingereicht an der Coventry University, Department of Peace and Reconciliation Studies.
- Galtung, Johan 2001. "After Violence, Reconstruction, Reconciliation and Resolution", in: Mohammed Abu-Nimer (Hrsg.) 2001. *Reconciliation, Justice and Coexistence: Theory and Practice*. Lanham, MD: Lexington Books, S. 3-23.
- Hazan, Pierre 2006. "Measuring the Impact of Punishment and Forgiveness: A Framework for Evaluating Transitional Justice", in: *International Review of the Red Cross*, Vol. 88, Nr. 861, S. 19-47.
- Hazan, Pierre 2007. "Das neue Mantra der Gerechtigkeit. Vom beschränkten Erfolg international verordneter Vergangenheitsbewältigung", in: *Der Überblick*, Vol. 43, Nr. 1+2, S. 10-22.
- Heinrich Böll Stiftung 2005. *Srebrenica. Remembrance for the Future*. Sarajevo: Heinrich Böll Stiftung.
- Hodzic, Refik 2007. *Bosnia and Herzegovina – Legitimacy in Transition*. Konferenzbeitrag zum Thema: Building a Future on Peace and Justice, Workshop 9 – Justice and the Question of Legitimacy: Concepts and Challenges. Nürnberg, 25.-27. Juni, erhältlich unter: http://www.peace-justice-conference.info/download/Hodzic_Expert%20Paper.pdf.
- International Crisis Group 2005. *EU Visas and the Western Balkans*. Europe Report Nr. 168 vom 29.11.2005, erhältlich unter: <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=3809>.
- Jakobsson Hatay, Ann-Sofi 2005. *Peacebuilding and Reconciliation in Bosnia and Herzegovina, Kosovo and Macedonia 1995-2004*. Uppsala University: Department of Peace and Conflict Research.

- Kleck, Monika 2007a. "Working with Traumatised Women", in: Martina Fischer (Hrsg.) 2007: *Peacebuilding and Civil Society in Bosnia-Herzegovina – Ten Years after Dayton*. Münster: LIT Verlag, S. 343–355.
- Kleck, Monika 2007b. "Refugee Return – Success Story or Bad Dream? A Review from Eastern Bosnia", in: Martina Fischer (Hrsg.) 2007: *Peacebuilding and Civil Society in Bosnia-Herzegovina – Ten Years after Dayton*. Münster: LIT Verlag, S. 107–122.
- Kriesberg, Louis 2001. "Changing Forms of Coexistence", in: Mohammed Abu-Nimer (Hrsg.) 2001: *Reconciliation, Justice and Coexistence: Theory and Practice*. Lanham, MD: Lexington Books, S. 47-64.
- Kritz, Neil J. und Jakob Finci 2001. "A Truth and Reconciliation Commission in Bosnia and Herzegovina: An Idea Whose Time Has Come", in: *International Law FORUM du droit international*, Vol. 3, Nr. 1, S. 50-58.
- Kusljugic, Mirza 2005. [Ohne Titel]. Diskussionsbeitrag auf der Gedenkveranstaltung: Genocide and Aftermath: Rationalizing the Process of Truth and Reconciliation in Bosnia and Herzegovina, anlässlich des zehnjährigen Gedenkens an Srebrenica. New York, Museum for Jewish Heritage, 13 Juli 2005, erhältlich unter: <http://www.cceia.org/resources/transcripts/5208.html>.
- Lederach, John Paul 1995. *Preparing for Peace: Conflict Transformation Across Cultures*. Syracuse: University Press.
- Lederach, John Paul 1997. *Building Peace: Sustainable Reconciliation in Divided Societies*. Washington, DC: United States Institute for Peace Press.
- Lederach, John Paul 2001. "Civil Society and Reconciliation", in: Chester A. Crocker, Fen Osler Hampson und Pamela Aall (Hrsg.) 2001: *Turbulent Peace: the Challenges of Managing International Conflict*. Washington DC: United States Institute of Peace Press, S. 841-854.
- Meernik, James 2005. "Justice or Peace?", in: *Journal of Peace Research*, Vol. 43, Nr. 3, S. 271-287.
- Pankhurst, Donna 1999. "Issues of Justice and Reconciliation in Complex Political Emergencies: Conceptualising Reconciliation, Justice and Peace", in: *Third World Quarterly*, Vol. 20, Nr. 1, S. 239-256.
- Rigby, Andrew 2001. *Justice and Reconciliation: After the Violence*. Boulder, CO: Lynne Rienner.
- Rill, Helena und Ivana Franovic 2005. Ne može meni bit dobro ako je mom susjedu loše [*I Cannot Feel Well If My Neighbour Does Not*]. Belgrade: Centre for Nonviolent Action.
- Rill, Helena, Tamara Smidling und Ana Bitoljanu (Hrsg.) 2007. *20 Pieces of Encouragement for Awakening and Change*. Sarajevo, Belgrade: Centre for Nonviolent Action.
- Roht-Arriaza, Naomi und Javier Mairescurrena (Hrsg.) 2006. *Transitional Justice in the Twenty-First Century. Beyond Truth versus Justice*. Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- Rotberg, Robert und Dennis Thompson (Hrsg.) 2000. *Truth v. Justice: the Morality of Truth Commissions*. Princeton: Princeton University Press.
- Rothstein, Robert L. 1999. "Fragile Peace and its Aftermath", in: Robert L. Rothstein (Hrsg.) 1999: *After the Peace: Resistance and Reconciliation*. London: Lynne Rienner, S. 223-247.
- Saxon, Dan 2005. "Exporting Justice: Perceptions of the ICTY Among the Serbian, Croatian, and Muslim Communities in the Former Yugoslavia", in: *Journal of Human Rights*, Vol. 4, Nr. 4, S. 559-572.
- Smith, Dan 2004. *Towards a Strategic Framework for Peacebuilding: Getting Their Act Together. Overview Report of the Joint Utstein Study of Peacebuilding*. Oslo: Royal

- Norwegian Ministry of Foreign Affairs.
- Stubbs, Paul 2003. *Dealing with the Past in Bosnia-Herzegovina, Croatia, and Serbia & Montenegro*. Quaker Peace and Social Witness, Post Yugoslav Countries Programme, Regional Synthesis Report, erhältlich unter: http://paulstubbs.pbwiki.com/f/stubbs_dealingwiththepast.pdf.
- Udovicic, Radenko, Kebo, Ozren, Topic, Tanja und Benjamin Butkovic 2005. *Vergangenheitsbewältigung und die Rolle der Medien. Thematisierung von Kriegsverbrechen in den Medien von Bosnien und Herzegowina*. Sarajevo: Konrad Adenauer Stiftung und Media Plan Institute.
- United States Institute for Peace 2003. *Can Faith-Based NGOs Advance Interfaith Reconciliation? The Case of Bosnia Herzegovina*. Special Report Nr. 103. Washington, DC: United States Institute for Peace.
- Yerkes, Marianne 2004. "Facing the Violent Past: Discussions with Serbia's Youth", in: *Nationalities Papers*, Vol. 32, Nr. 4, S. 921-938.
- Zupan, Natascha 2007. "Facing the Past and Transitional Justice in Countries of Former Yugoslavia", in: Martina Fischer (Hrsg.) 2007. *Peacebuilding and Civil Society in Bosnia-Herzegovina – Ten Years after Dayton*. Münster: LIT Verlag, S. 327-342.
- Zoglin, Katie 2005. "The Future of War Crimes Prosecutions in the Former Yugoslavia: Accountability or Junk Justice", in: *Human Rights Quarterly*, Vol. 27, Nr. 1, S. 41-77.

Dr. Martina Fischer

Acting Director und Senior Researcher am Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung, Berlin. Mitherausgeberin des Berghof Handbook for Conflict Transformation. Forschungsarbeiten zu Ansätzen der Friedensförderung im ehemaligen Jugoslawien, zur Verknüpfung von Ansätzen der Friedensarbeit und der Entwicklungszusammenarbeit, zur Jugend und Konflikt, zum Verhältnis von Militär und Gesellschaft sowie zur Europäischen Friedenspolitik. Begutachtung und Beratung von Projekten in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit und der Stiftung Schüler Helfen Leben. Stv. Vorsitzende des Stiftungsrats der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF); Mitglied im Beirat Zivile Krisenprävention des Auswärtigen Amtes und im Beirat des Zentrums für Zivile Friedenseinsätze.

